



Medienprofis für die Welt

Ein Institut bei Berlin bildet Journalisten in Entwicklungsländern aus. Seite 3

Fotos: IJJB (links), imago/Christian Mang (rechts)

Kürzung trotz Olympiagold

Den deutschen Skispringerinnen fehlt die Unterstützung vom Verband. Seite 19

Zu hart zu Flüchtlingen

Thúy Nonnemann vom Migrationsrat Berlin-Brandenburg spricht anlässlich des Tages gegen Rassismus über ihre Arbeit in der Berliner Härtefallkommission. Seite 11



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 21. März 2014

69. Jahrgang/Nr. 68

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Lob der Verweigerung

Fabian Lambeck über Gründe, der Rüge-Kommission fernzubleiben

Schon die Art und Weise, in der Union und SPD die Einsetzung der Kommission zur Überprüfung des Parlamentsvorbehaltes bei Auslandseinsätzen vorantrieb, musste misstrauisch machen. So erfuhr die Opposition aus der Zeitung, dass man Ex-Verteidigungsminister Volker Rüge zum Vorsitzenden machen wollte. Auch die Aufgabenstellung des Gremiums lässt vermuten, dass es den Regierungsfractionen nur um eines geht: die Rechte des Bundestages bei der Entsendung von bewaffneten Soldaten zurückzudrängen.

Das Argument, das schwerfällige Parlament könne nicht schnell genug reagieren, zieht nicht. Denn wenn Menschen aus besonderen Gefahrenlagen gerettet werden müssen oder Gefahr in Verzug ist, kann der Bundestag dem Einsatz im Nachhinein zustimmen. Auch das angeblich so komplizierte Prozedere lässt sich schon heute auf ein Minimum reduzieren. Wenn der Einsatz von geringer Intensität ist oder eine Mission ohne inhaltliche Änderungen verlängert werden soll, kommt das vereinfachte Verfahren zum Tragen. Zumal der Bundestag bislang noch keinem Einsatz die Zustimmung verweigert hat.

Und so nähren Union und SPD den Verdacht, dass man zukünftig lieber ohne die öffentlichkeitswirksamen parlamentarischen Verfahren in den Krieg ziehen will. Daher ist es richtig, dass sich LINKE und Grüne darauf verständigt haben, dem abgekarteten Spiel in der Rüge-Kommission fernzubleiben. Was sollen sie dort auch? Denn Schwarz-Rot will jede Grundsatzdiskussion vermeiden.

UNTEN LINKS

Die Bayern erweisen sich immer wieder als starke Kraft. Nicht nur, dass die Statistik der Staatspartei CSU 39,7 Prozent bei der Kommunalwahl attestierte – auch der traditionelle Starkbieranstich am Münchner Nockherberg geriet zur starken Nummer. Da wurde zum Gaudi der versammelten Landesprominenz wie immer gestichelt und gepiesackt – und irgendwann hatten die Christsozialen beim gegenseitigen Zusprosten mit dem 7,5 Prozentbier auch den Wermutstropfen geschluckt, erstmals seit 50 Jahren die magische 40-Prozent-Marke unterboten zu haben. Beim allgemeinen Schönsaufen der schönen Realität erfuhr Horst Seehofer aber starken Zuspruch. »Wir haben in Bayern alles ausprobiert, die Monarchie, die Anarchie, sogar die Demokratie – und halt jetzt die Horstokratie«, witzelte die Festrednerin. Und der Ministerpräsident lachte herzlich – als wüsste er nach den Kabalen um Stoiber, Huber und Beckstein nicht um das begrenzte Haltbarkeitsdatum von Herrschaftszeiten. oer

Die Krim wird immer russischer

Staatsduma in Moskau ratifiziert Vertrag über Beitritt / Westen sucht Sanktionen



Das Parlament in Simferopol wird zum Staatsrat der Krim.

Foto: dpa/jakub Kaminski

Berlin. Nicht nur mit dem Wechsel des Parlamentsnamens von Werchowna Rada zu Staatsrat rückte die Schwarzmeer-Halbinsel Krim am Donnerstag Russland wieder ein Stück näher. Ratifiziert wurde der Beitrittsvertrag durch die Staatsduma in Moskau. Am heutigen Freitag soll der Föderationsrat ebenfalls zustimmen. Das Parlament in Kiew konterte: »Die Ukraine wird niemals den Kampf um die Befreiung der Krim aufgeben, so lang und schmerzhaft er auch sein mag.«

Dabei kann Kiew auf den Westen rechnen. Abgesagt wurde der EU-Russland-Gipfel im Juni. Auf dem EU-Spitzenreffen in Brüssel am Donnerstag und Freitag sollten weitere Einreiseverbote und Kontensperrungen verhängt werden. Die EU sei »jederzeit« zu wirtschaft-

lichen Sanktionen bereit, sagte Kanzlerin Angela Merkel im Bundestag. Russland gehört für sie bis auf weiteres nicht mehr zur G8-Gruppe. US-Präsident Barack Obama bekräftigte, dass die USA nicht militärisch eingreifen wollen. Er kündigte aber an, weitere russische Regierungsvertreter mit Kontensperrungen und Einreiseverboten zu belegen. Eine »Reihe anderer Individuen mit bedeutenden Ressourcen und Einfluss«, die Russlands Führung unterstützen, seien auf die Sanktionsliste gesetzt worden. Im Falle einer Eskalation würden Sanktionen verschärft. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zeigte sich bei einem Treffen mit Krenlchef Wladimir Putin »tief besorgt«.

Ein erstes Telefonat führten die Verteidigungsminister Russlands und der Ukraine. Sie

besprachen »verschiedene Aspekte der Krise in der Ukraine und Maßnahmen zur Deeskalation der Lage auf der Krim«, wie das Ministerium in Moskau mitteilte. Die Führung der Krim ließ den ukrainischen Marinechef Sergej Gajduk sowie sieben proukrainische Aktivisten wieder frei, wie Kriminform meldete.

Die Lage an den ukrainischen Militärstützpunkten auf der Krim bleibt angespannt. Bewaffnete haben nach ukrainischen Angaben mindestens drei Kriegsschiffe der Ukraine geentert. Etwa 20 mutmaßlich russische Soldaten hätten beim Sturm auf die Korvette »Ternopol« in Sewastopol Blendgranaten eingesetzt. Auch Schüsse seien gefallen. Eine russische Bestätigung dafür gab es nicht. Agenturen/nd Seiten 2 und 16

Gebremste Mietpreisbremse nimmt Fahrt auf

Bundesjustizminister Maas erfüllt sein 100-Tage-Versprechen – mit mehreren Einschränkungen

Die im Koalitionsvertrag versprochene Mietpreisbremse wurde auf den Weg gebracht – und keiner ist glücklich damit.

Von Gabriele Oertel

Bundesjustiz- und Verbraucherschutzminister Heiko Maas (SPD) hat sein Versprechen, in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit eine Mietpreisbremse auf den Weg zu bringen, am Tag 91 eingelöst. Doch der Referentenentwurf sorgt nicht nur bei Vertretern des Koalitionspartners Union für Unmut, weil der SPD-Politiker sich vorab nicht mit ihnen besprochen hat. Er ermet auch Kritik von Mieter- wie Vermieterverbänden.

Die Mietpreisbremse, von Mieterbund und Linkspartei seit Jahren als grundsätzliche Maßnahme gegen Mietwucher gefordert, war im Wahlkampf plötzlich,

wenn auch in abgespekter Form, zu einem Lieblingsprojekt der SPD geworden. Später fand sie sogar bei CDU und CSU im Lichte der sich abzeichnenden Großen Koalition Gnade. Doch schon im Koalitionsvertrag war klar geworden, dass eine flächendeckende Begrenzung der Wiedervermietungspreisen nicht stattfinden wird. Doch immerhin: In Ballungsgebieten und in Gegenden mit knappen Wohnraum soll es sie geben, um die bislang nicht üblichen Kostensprünge zwischen Vor- und Nachmieter von 20 oder 30 Prozent einzudämmen. Nach dem Maas-Entwurf darf bei einem Mieterwechsel die neue Miete künftig maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen. Die Bundesländer können festlegen, wo die Bremse bremsen darf. Und auch bei den bislang zulasten der Mieter gehen-

den Maklergebühren zügelt der Gesetzentwurf bislang übliche Praktiken: »Wer bestellt, bezahlt«, soll zur Prämisse werden.

Doch auf viel Gegenliebe stoßen all die Vorstellungen nicht. Der Eigentümerverband »Haus

»Höchst problematisch ist, dass die Wuchervorschrift des Wirtschaftsstrafgesetzes gestrichen werden soll.«

Lukas Siebenkotten

und Grund« sieht Investitionshemmnisse für Vermieter, der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen einen Bruch des Koalitions-

vertrages, weil die Mietpreisbremse nicht auf fünf Jahre begrenzt sei. Und einige Unionspolitiker fürchten irgendwie beides. Der Opposition gehen wiederum die Vorhaben nicht weit genug. Caren Lay, Vizechefin der Linkspartei, geht davon aus, dass sie die Mietexplosion maximal verlangsamten, nicht aber bremsen. Mieterbunddirektor Lukas Siebenkotten begrüßte die geplanten Neuregelungen – und macht zudem auf ein anderes Problem aufmerksam: »Höchst problematisch ist aber, dass die »Wuchervorschrift« aus dem Wirtschaftsstrafgesetz ersatzlos gestrichen werden soll. Es macht keinen Sinn, eine Schutzvorschrift für Mieter gegen überzogene Vermieterforderungen zu schaffen und gleichzeitig das Verbot von »Wuchermieten« im Wirtschaftsstrafgesetz aufzuheben.« Kommentar Seite 4

LINKE und Grüne boykottieren Rüge-Kommission

Opposition kritisiert Gremium zu Bundeswehr-Einsätzen

Berlin. Die LINKE und die Grünen boykottieren die Kommission, die die parlamentarischen Regeln für Auslandseinsätze der Bundeswehr überprüfen soll. »Es besteht mehr und mehr die Gefahr, dass Parlamentsrechte an die Exekutive verlagert werden«, sagte Bundestags-Vizepräsidentin Claudia Roth (Grüne).

Die Außenpolitiker Alexander S. Neu von den LINKEN und Frithjof Schmidt von den Grünen betonten, man werde die der Opposition zugedachten Sitze in der Kommission nicht besetzen. Das Gremium unter Vorsitz des ehemaligen Verteidigungsministers Volker Rüge (CDU) wurde am Donnerstag vom Bundestag eingesetzt. In einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Parlaments habe die Koalition keinerlei Bereitschaft gezeigt, auf Wünsche der Opposition einzugehen, kritisierten die Politiker von LINKEN und Grünen.

Von den 16 Mitgliedern soll die Opposition vier stellen dürfen – LINKE und Grüne jeweils zwei. Das Gremium soll untersuchen, ob das Recht des Bundestags, über die Entsendung der Bundeswehr zu entscheiden, noch zeitgemäß ist. In Deutschland entscheidet das Parlament praktisch immer über die Beteiligung der Streitkräfte an internationalen Einsätzen mit. Derzeit sind rund 5000 deutsche Soldaten im Ausland stationiert, davon mehr als 3000 in Afghanistan.

Neu sagte gegenüber »nd«: »Die Regierung benötigte uns nur als Feigenblatt. Union und SPD hätten mit ihrer Mehrheit ohnehin alles durchgedrückt«. Ziel der Kommission sei »der Abbau der parlamentarischen Entscheidungs- sowie Kontrollkompetenz«, so Neu. Stattdessen müsse der Parlamentsvorbehalt gestärkt werden – etwa bei Einsätzen von Kampfdrohnen. nd/Agenturen Seite 5

Unterschriften gegen Wowereit

Initiativen wollen den Regierenden Bürgermeister Berlins abwählen

Berlin. Unter dem Namen »Außerparlamentarische Ergänzung« wollen Vertreter verschiedener Initiativen ab diesem Freitag Unterschriften für eine Neuwahl des Berliner Senates sammeln. Damit die Initiative Antrag auf ein Volksbegehren stellen kann, müssen bis September 50 000 Unterschriften zusammenkommen. Nach Mitinitiator Florian Herzog richtet sich das Vorhaben gegen das »System Wowereit«, beziehungsweise die lange Reihe von »Wowereits Flops«; darunter das Debakel Großflughafen BER, das Stadtschloss, »ein unnützer Bau für Millionen«, der Zustand der Schulen, kaputte Straßen, der Zustand bei den Rettungsdiensten und das S-Bahn-Desaster. Zu den Unterstützern gehört u.a. die Initiative »Mediaspree versenken«, die am Donnerstag erklärte, grundsätzlich müssten »völlig neue Ansätze für die Stadtplanung gefunden werden.« sal

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Politdrama Ein unwahrscheinliches Leben – entdeckt nach über 80 Jahren

Mussolinis Erben Neofaschisten in Italien

Das Echo des Urknalls Eine bahnbrechende Entdeckung?

ISSN 0323-4940

